



Bürgerinformation

SPD/GAP, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke fordern weitere massive Belastungen für Auricher Bürger:innen und Unternehmen

Drei Jahre Pandemie, Rekordinflation- und Teuerungsraten von 8%, hohe Hypothekenzinsen, unerschwingliche Energie- und Tankpreise und unbezahlbare Baupreise belasten die Auricher Bürger:innen und Unternehmen seit Ausbruch des Kriegs zwischen Russland und der Ukraine mittlerweile seit fast einem Jahr.

Der SPD/GAP, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken ist dies jedoch noch immer nicht genug.

Die Auricher Bürger:innen und Unternehmen sollen mit weiteren Belastungen den seit Jahren desolaten Haushalt der Stadt Aurich mit Geld versorgen, so fordern es SPD/GAP, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke in der Finanzausschusssitzung im EEZ am 31.01.2023.

Den Misserfolg der Politik und Verwaltung sollen nun die Bürger:innen ausbaden, indem eine Regenwassergebühr, die Einführung einer Grundsteuer C und die Erhöhung der Grundsteuer A und B verabschiedet werden soll. Die zusätzliche Erhöhung der Gewerbesteuer für Auricher Unternehmen würde die Bürger:innen zudem indirekt durch erhöhte Endverbraucherpreise beeinflussen. Bis auf die Zweitwohnsitzsteuer sind von den Steuererhöhungen nur die Auricher Bürger:innen und Unternehmen betroffen.

Die jeweiligen Wahlversprechen einiger Parteien als auch des Auricher Bürgermeisters scheinen keine Relevanz mehr zu haben – angetreten um zu sparen; mit dem Effekt weiterer konsequenter Mehrbelastungen für die Auricher Bürger:innen.

Das Einkürzen von Geldern aus **21,1 Millionen an freiwilligen** Ausgaben fällt Politik und Verwaltung anscheinend unsagbar schwer – das Resultat: knapp **1 Million Euro** mehr Einnahme von Auricher Bürgern und Unternehmen muss her.

CDU, FDP und Auricher Wählergemeinschaft (AWG) haben sich durch Ihr Abstimmungsverhalten im Finanzausschuss am 31.01.23 gegen die Einführung einer Regenwassergebühr und gegen Steuererhöhungen positioniert - auch die Interessengemeinschaft aus Auricher Bürger:innen und Unternehmen lehnen zusätzliche private und kommerzielle Belastungen in dieser herausfordernden Zeit entschieden ab.

Die Regenwassergebühr fällt für Unternehmen, anders als die Gewerbesteuer, unabhängig vom wirtschaftlichen Erfolg an. Die Einführung dieser Gebühr ist somit eine dauer-



hafte Belastung für jeden Auricher Bürger und jedes Auricher Unternehmen – gewinnen tut daher nur die Stadt Aurich, welche mit Ihrem Finanzplan weiterhin auf einen ausweglosen Haushalt zusteuert.

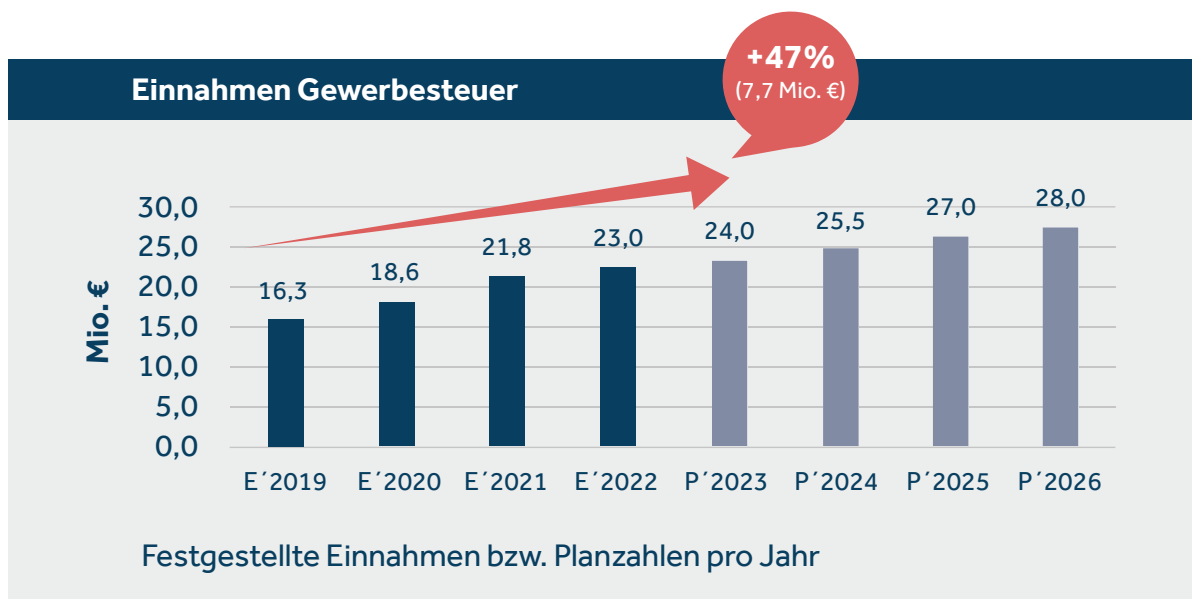
Die durch eine gestiegene Inflation ebenfalls stärker belasteten Bürger:innen im Landkreis Aurich verfügen über ein Nettoeinkommen, das unter dem Durchschnitt in Niedersachsen liegt.

Die Kompensation dieses Standortnachteils durch die in der Vergangenheit vergleichsweise niedrigen Lebenshaltungskosten fällt, insbesondere durch den allgemeinen horrenden Anstieg der Preise für Wohneigentum und Mieten, immer geringer aus.

Dies trifft nicht nur Eigenheimbesitzer, sondern auch Bewohner von Mehrparteienhäusern: Durch die bei diesen Objekten großen versiegelten Flächen sind die Kosten für die Mieter auch nach anteiliger Umlage beträchtlich.

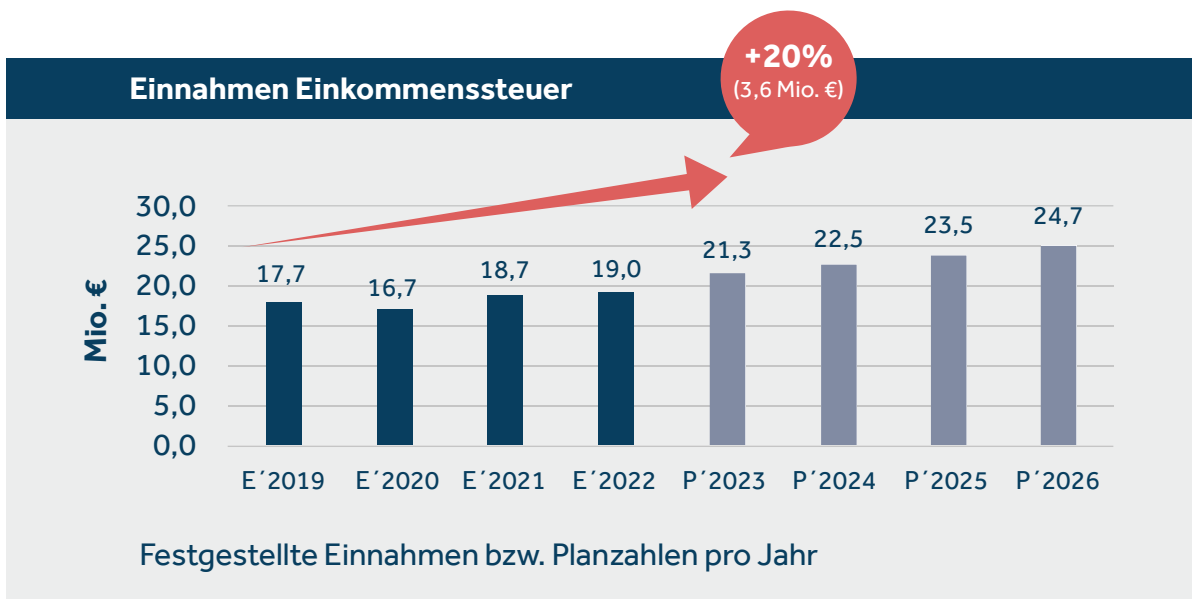
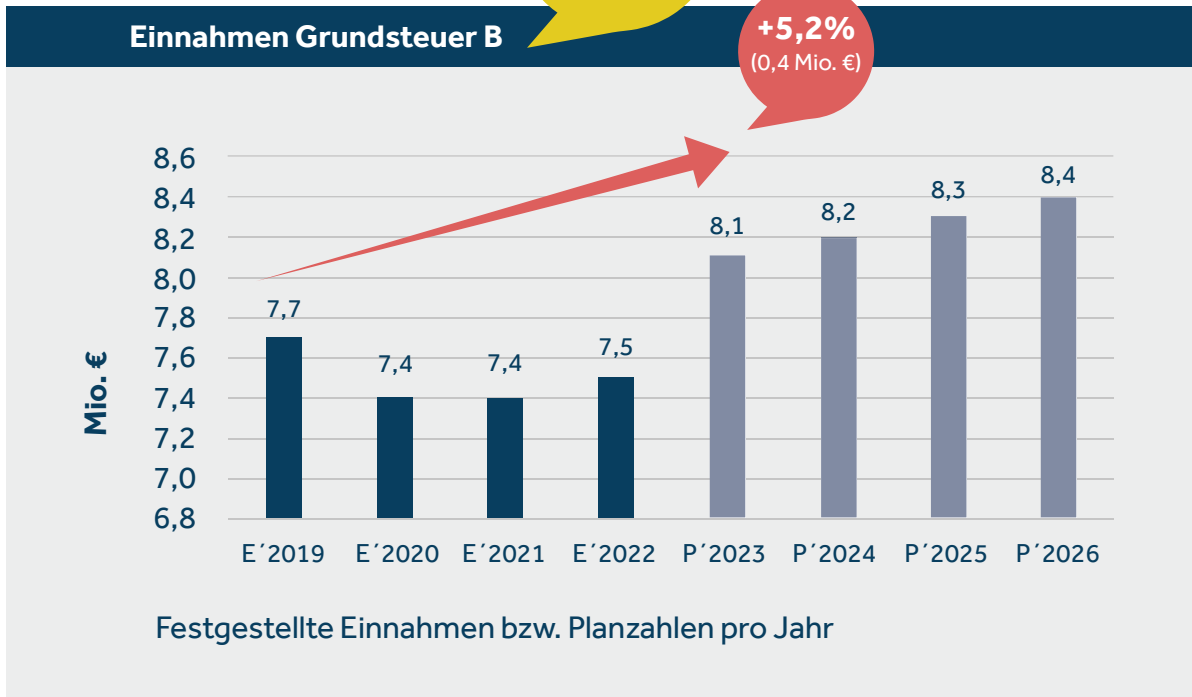
Mit der Erhebung der Gebühr entsteht dazu noch ein hoher Verwaltungsaufwand, der in unserer Region einer ökologischen Rechtfertigung entbehrt.

Die Einnahmen, resp. Ertragsarten, bzw. das öffentlich einsehbare Zahlenwerk des Auricher Haushalts entwickelte sich über die Historie folgendermaßen:





Erhöhung von
**395 auf
420 Punkte**





Die Stadt Aurich verzeichnete, trotz Pandemie und getrübttem Wirtschaftsbarometer, zwischen 2019 und 2023 **11,7 Millionen Euro Mehreinnahmen** aus Gewerbe, Grund- und Einkommenssteuer.

Reichen diese Mehreinnahmen der SPD/GAP, Bündnis90/Die Grünen, die Linke und dem Bürgermeister nicht aus, eine solide und an den Einnahmen angepasste Ausgabenpolitik zu betreiben?

Als Unternehmen und auch als Privatperson hat man die Ausgaben an die Einnahmen anzupassen, wenn der langfristige Erfolg das Ziel ist. Warum klappt diese Handhabung nicht im Auricher Rathaus?

Wir Auricher Bürger:innen und Unternehmen lehnen strikt die Einführung einer Regenwassergebühr, die Erhöhung der Grundsteuer A und B und des Gewerbesteuerhebesatzes ab.

Ungeachtet dessen, ist die Liste der Entlastungspakete des Bundes für die Bürger:innen in Deutschland lang: Strompreisbremse, Energiepreispause, Auszahlungen von Inflationsprämien, Heizkostenzuschüsse für Wohngeld-Empfänger sowie die Übernahme sämtlicher Heizkosten für den vergangenen Dezember und ein 49-Euro-Ticket durch die Republik. Berlin hat die Situation erkannt. Von Seiten des Bundes wird man entlastet; von Seiten der Stadt Aurich belastet.

**Die Forderung aus der Auricher Gesellschaft:
Schluss mit dieser Diskussion und keine weiteren finanziellen Belastungen für uns Auricher.**

gez.

*Eine Interessengemeinschaft aus Bürger:innen
und Unternehmer:innen der Stadt Aurich*